

Bauernbund Brandenburg



Liebe Berufskollegen,

mit 120 Teilnehmern war unsere Hauptversammlung am 8. Februar in Falkenrehde wieder recht gut besucht, wengleich die Folgen der vorausgegangenen Kälte vor allem unsere Tierhalter noch in Anspruch nahmen und sonst bestimmt noch mehr Mitglieder gekommen wären.

Dass die Ausführungen des Agrarministers Jörg Vogelsänger zur EU-Agrarreform auf viel Gegenliebe stoßen würden, hat niemand erwartet, sicher auch er selbst nicht, und trotzdem kam es noch zu einem fruchtbaren Austausch mit dem Minister zu landespolitischen Themen wie Versuchswesen, Biberschäden oder Ausgleichsmaßnahmen. Den größten Beifall erhielt die CDU-Vorsitzende Saskia Ludwig für ihre engagierte Rede, in der sie die agrarpolitischen Diskussionen des vergangenen Jahres Revue passieren ließ und erneut deutlich machte, dass die brandenburgischen Christdemokraten in den entscheidenden agrarpolitischen Fragen auf unserer Seite stehen: "Wir sagen ja zur Kappung, weil wir für ortsansässige Bauern und gegen seelenlose Agrarkonzerne sind." Auch die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Sabine Niels bekam Applaus für ihr klares Bekenntnis für die Energiewende in Brandenburg und gegen neue Braunkohle-Tagebaue (siehe Seite 15).

Insgesamt war es wieder eine sehr harmonische Hauptversammlung, die zeigte, dass wir auf dem richtigen Weg sind mit einem konstruktiven und offenen Dialog. Neben vielen Gemeinsamkeiten muss man – gerade unter Freunden – in Zukunft verstärkt auch Themen ansprechen, wo wir uns von CDU und Bündnisgrünen noch mehr Verständnis für unsere landwirtschaftlichen Interessen wünschen. Schwer nachvollziehbar ist es zum Beispiel, dass eine CDU, die sich (endlich) als die bürgerlich-konservative Kraft im Lande versteht, nach wie vor zu den von der roten Landesregierung geplanten Enteignungen und Vertreibungen in der Lausitz schweigt. Und mühsam ist es, zum Beispiel bei der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes, den Bündnisgrünen zu erklären, dass die kleinteiligen Regelungen nicht zu einer Verbesserung der Umwelt, sondern zu Bürokratenwillkür gegen die Bauern führen. Aber zu dem Dialog gibt es keine Alternative, davon sind wir überzeugt.



Herzliche Grüße, Euer
Karsten Jennerjahn

Oben: Mit schwungvoller Musik und der "Märkischen Heide" begleitet das Blasorchester Ketzin unsere Hauptversammlungen in Falkenrehde seit Jahren

Unten: Geschäftsführer Reinhard Jung zeigt Saskia Ludwig das Interview mit Christoph Schilka zur Energiewende in der Lausitzer Rundschau (siehe Seite 21)

Bündnisgrüne kritisieren Braunkohlekurs der Landesregierung als „verheerend“ für die Landwirtschaft

Pressemitteilung der Bündnisgrünen vom 8. Februar 2012



Die agrarpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion Sabine Niels bezeichnete anlässlich der heutigen Hauptversammlung des Bauernbundes Brandenburg in Falkenrehde die Braunkohlestrategie der Landesregierung als „verheerend“ für die Landwirtschaft in den betroffenen Regionen. „Nicht nur dass durch Tagebaue wertvolle landwirtschaftliche Flächen unwiederbringlich zerstört werden, auch der Wasserhaushalt ganzer Regionen wird negativ beeinflusst“, sagte Niels. Hochwertige land- und forstwirtschaftliche Flächen können, trotz enormer Rekultivierungsmaßnahmen, in absehbarer Zeit nicht wieder sinnvoll genutzt werden. Außerdem werde das wirtschaftliche und soziale Leben innerhalb der betroffenen Dorfgemeinschaft irreparabel zerstört. „Der Verlust der Heimat kann durch keine Ausgleichszahlung aufgewogen werden“, so Niels.

„Allein der aktuell in Welzow geplante Tagebau würde 865 ha Landwirtschaftsfläche vernichten“, so die bündnisgrüne Agrarexpertin. Die späteren Kippenböden werden auch in Jahrzehnten kein gleichwertiger Ersatz sein. Wenn der Tagebau ausgekohlt ist, fehlt den ohnehin nährstoffarmen brandenburgischen Böden der Humus, denn der über lange Zeiträume gebildete Oberboden wurde durch den Braunkohleabbau abgetragen. Etwa 25 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in der vom Tagebau gezeichneten Region rund um Welzow wurden bereits auf den Kippen des Tagebaus errichtet. Die Menschen in der Lausitz haben auf die Worte des ehemaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) vertraut und vor Ort investiert. Seinerzeit versprach der damalige Ministerpräsident, dass Horno das letzte Dorf sein werde, das den Tagebauen weichen soll. So entwickelte sich der akut von der Abbaggerung bedrohte Welzower Ortsteil Proschim seitdem zu einem energieautarken Dorf, das mehr Energie produziert als vor Ort verbraucht wird. „Sollte jetzt der Tagebau kommen, waren alle Anstrengungen umsonst“, kritisiert Niels. „So darf man mit Menschen nicht umgehen.“

Mehr zur Braunkohle ab übernächster Doppelseite. Schwerpunkt unserer Aktivitäten Anfang des Jahres waren natürlich wieder die Planungen für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-2020. Nachdem die Legislativvorschläge der EU-Kommission veröffentlicht wurden, mussten wir uns von einigen grundsätzlichen Forderungen verabschieden und auf der Basis der Vorschläge weiterarbeiten, um über Änderungen im Detail doch noch unsere Zielsetzungen weiter verfolgen zu können:

Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg zu den Legislativvorschlägen der EU-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-2020

Wir begrüßen die von der EU-Kommission am 12. Oktober 2011 veröffentlichten Legislativvorschläge, insbesondere Kappung bzw. Degression der Agrarsubventionen und das so genannte Greening. Wir sind jedoch der Meinung, dass diese im Detail noch eine Reihe von Schwächen aufweisen, die korrigiert werden können, ohne die grundsätzliche Richtung in Frage zu stellen:

Zum einen wird die Kappung bzw. Degression der Agrarsubventionen begleitet durch ein für uns unverständliches Verbot, die Betriebe zwecks Umgehung der Kürzungen zu teilen. Wir fragen uns: Warum sollte ein Betrieb, etwa eine Agrargenossenschaft, die sich noch im Eigentum ortsansässiger Landwirte befindet, sich nicht teilen und auf diese Weise zu Strukturen kommen, in denen sich die Privatinitiative der einzelnen Anteilseigner möglicherweise sogar besser entfalten kann als zuvor? Dagegen wären Unternehmensverbände, die sich vor Veröffentlichung der Vorschläge in kleineren Einheiten organisiert haben und dennoch ganz oder teilweise denselben Anteilseignern gehören, von der Kappung bzw. Degression gar nicht betroffen. Wir meinen, dass es für diese Ungleichbehandlung keine Rechtfertigung gibt, und schlagen statt dessen vor, dass die Agrarsubventionen grundsätzlich nur an solche Betriebe ausgereicht werden, deren Anteilseigner nicht an einem weiteren beihilfefähigen Betrieb beteiligt sind. Damit würden von vornherein auch diejenigen Umgehungstatbestände ausgeschlossen, die mit dem Verbot der Betriebsteilung behindert werden sollen.

Zum anderen wird die Kappung bzw. Degression durch die diversen Missbrauchsmöglichkeiten bei der vorgesehenen Anrechnung der Bruttolöhne faktisch untergraben. So steht zu erwarten, dass Mitarbeiter eines Unternehmensverbundes künftig gleichmäßig auf die einzelnen Betriebe verteilt werden oder dass auch Mitarbeiter aus nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsbereichen künftig teilweise landwirtschaftlichen Tätigkeiten zugeordnet werden, ohne dass sich dies noch sinnvoll überprüfen ließe. Auch die Erhöhung der Vergütung von Geschäftsführern wäre damit quasi ein "Durchlaufposten" für den Betrieb. Über diese praktischen Probleme der Umsetzung hinaus sehen wir aber auch noch ein strategisches Problem, wenn neben der Fläche die Arbeitskräfte als zusätzlicher Berechnungsmodus in das System der Agrarsubventionen eingeführt werden. Damit wäre einer Verfahrensweise Tür und Tor geöffnet, die den marktfernen Ackerbauregionen in weiten Teilen Ostdeutschlands mittelfristig erhebliche Nachteile bringen könnte. Wir meinen, dass die bisherige Bindung der Agrarsubventionen an die bewirtschaftete Fläche, ergänzt um die mit der Kappung bzw. Degression eingeführte agrarstrukturelle Komponente, ein sehr ausgewogenes und wohl begründetes System darstellt, das durch Einbeziehung der Arbeitskräfte unnötig verkompliziert würde mit absehbar negativen Auswirkungen für die ostdeutsche Landwirtschaft.

Auch bei den Vorschlägen für das so genannte Greening sehen wir Nachbesserungsbedarf. Insbesondere die Ausweisung von sieben Prozent der Betriebsfläche als ökologische Vorrangfläche lässt viele Fragen offen. Etwa ob es sinnvoll ist, dass Betriebe aus Intensivregionen in größerer Entfernung geringerwertige Flächen anpachten und stilllegen bis hin zur Pro-Forma-Einrichtung von Zweigniederlassungen. Oder ob die Aktivierung bereits bestehender Biotope als extensivierungsfähige Agrarfläche Zweck der Übung ist. Nach unserer Auffassung sollte das Greening nicht zu sehr mit dem Naturschutz verwoben, sondern eng an die Landwirtschaft gekoppelt werden. Die Regelung, dass ökologisch wirtschaftende Betriebe die Greening-Auflagen per se erfüllen, weist bereits in diese Richtung. Aus unserer Sicht wäre ein Greening nur dann effektiv im Sinne einer umweltgerechten Landwirtschaft, wenn dafür in einer Region jeder Hektar Ökologischer Landbau, Dauergrünland, Ackergras und Eiweißfutterpflanzen sowie jeder laufende Meter Landschaftselement und Blühstreifen angerechnet wird.

Die vorgenannte Stellungnahme zu Kappung bzw. Degression und Greening haben wir in vielen Kontakten, unter anderem mit dem CDU-Europaabgeordneten Christian Ehler und dem bündnisgrünen Europaabgeordneten Martin Häusling vertreten und im Februar in deutscher und englischer Sprache allen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zukommen lassen, zusammen mit einer viel beachteten Rede, die unser Mitglied Hans-Georg von der Marwitz (CDU) am 26. Januar 2012 im Deutschen Bundestag gehalten hat.

Noch nie in der Geschichte der deutschen Agrarpolitik hat ein Politiker den so genannten Strukturwandel so deutlich in Frage gestellt und dafür Beifall von allen Fraktionen (bis auf links) erhalten:

Leistungsstarke Familienbetriebe, breite Streuung des Eigentums Aus der Rede unseres Mitglieds, des Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz (CDU) am 26. Januar 2012 im Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Bundesregierung hat im Agrarpolitischen Bericht 2011 ein klares Leitbild für die deutsche Landwirtschaft formuliert. Sie soll leistungsfähig sein und nach dem Grundprinzip der Nachhaltigkeit wirtschaften. Ich meine, dieser Vorstellung wird am ehesten der bäuerliche Familienbetrieb gerecht, der in seiner Heimatregion verwurzelt ist und dörfliches Leben intensiv mitgestaltet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Bäuerlicher Familienbetrieb“, manch einem scheint dieser Begriff überholt zu sein. Nennen Sie es von mir aus: inhabergeführtes Agrarunternehmen. Entscheidend ist die den bäuerlichen Berufsstand prägende Kombination aus Eigentum und Arbeit,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

aus unternehmerischer Initiative und Verantwortung für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe nimmt ständig ab. Das muss uns zu denken geben. Natürlich gibt es immer einen Strukturwandel, der unter anderem mit dem Generationswechsel, auch mit der Technisierung zusammenhängt. Aber eines steht fest: Je weniger Betriebe, desto weniger Selbständige, desto weniger Vielfalt, desto weniger Engagement im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Sie reden wie die Opposition!)

In Brandenburg erlebe ich Betriebskonzentrationen in bisher unvorstellbaren Ausmaßen. Außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen einen Landwirtschaftsbetrieb nach dem anderen, meist die wirtschaftlich schwachen Nachfolger ehemaliger LPG. Die Firmensitze dieser Investoren befinden sich oft weit entfernt von den Betrieben. Die Gewinne werden zumeist nicht in der Region investiert, sondern fließen ab an Eigentümer, Gesellschafter oder Aktionäre, die persönlich oft keinen Bezug zur Landwirtschaft und zu den Dörfern haben. Die systematische Konzentration der Landwirtschaft in den Händen weniger Holdings bzw. Konzerne kann nicht Ziel unserer Agrarpolitik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Jetzt warten Sie mal ab, meine Herren. Ich freue mich ja, dass die Opposition viel Spaß an mir hat. Wir stehen für eine vielfältige Landwirtschaft, für aktive, heimatverbundene Landwirte und deren Familien. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik mitgestalten und die Fördermechanismen grundlegend überarbeiten. Die Agrarsubventionen sind der zentrale Hebel, um Entwicklungen zu beeinflussen. Die wichtigste Frage zur GAP-Reform lautet: Wohin soll sich die Landwirtschaft in Deutschland und der EU bis 2020 entwickeln?

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie ja gerade schon gesagt!)

Was wollen Verbraucher und Erholungssuchende? – Naturschutz, Erholungsraum, lebendige Dörfer, vielfältige Landschaften und nicht zuletzt günstige Nahrungsmittel, die zugleich gesund sind und umweltgerecht erzeugt werden. Das klingt ein bisschen wie die Quadratur des Kreises.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein!)

Wollen wir uns diesen Zielen zumindest annähern, brauchen wir Strukturen, die Privatinitiative und verantwortliches Handeln miteinander verbinden. Die meisten Vorschläge der Europäischen Kommission vom 12. Oktober 2011 gehen in die richtige Richtung. Ob allerdings das Vorhaben, sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche eines Betriebes als sogenannte ökologische Vorrangflächen bereitzustellen, zielführend ist, muss gut überlegt werden. Es gehört zur Gemeinsamen Agrarpolitik, für mehr Umweltschutz innerhalb der Landwirtschaft einzutreten. Der Weg, dies über ökologische Vorrangflächen zu erreichen, erschließt sich aber jedenfalls mir nur unzureichend.



Wie halten wir es außerdem mit der von der EU vorgeschlagenen Kappung oder Degression der Direktzahlungen? Sie wissen, dass ich ein Befürworter dieses Vorschlags bin.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich auch!)

Ich weiß, dass ich damit verhältnismäßig einsam in meiner Fraktion bin.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns nicht! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns wärst du nicht einsam!)

Dennoch: Zurzeit laufen wir Gefahr, mit EU-Mitteln einen negativen, einen durch Konzentration gekennzeichneten Strukturwandel zu fördern. Ich glaube, dass die rund elf Milliarden Euro, die Deutschland jährlich zum EU-Agrarhaushalt beisteuert und für die jeder deutsche Steuerzahler jährlich im Durchschnitt 140 Euro zahlt, besser für leistungsstarke Familienbetriebe, für eine breite Streuung des Eigentums, für eine gesunde Diversifizierung der Landwirtschaft sowie für lebendige ländliche Räume eingesetzt werden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einzelbauern wollen sozialistische Denkmäler nicht mehr sehen Pressemitteilung vom 18. Dezember 2011

Im Gegensatz zu den ablehnenden Stimmen aus Schlunkendorf (MAZ berichtete) stößt die Initiative der CDU-Vorsitzenden Saskia Ludwig zur Befassung mit sozialistischen Symbolen bei Bauernbund-Mitgliedern im Potsdamer Umland auf weitgehende Zustimmung. "Ich habe kein Feindbild und bestreite auch nicht, dass es Grautöne gibt, aber ein Stein, mit dem die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft verherrlicht wird, muss heute nicht mehr als Denkmal gepflegt werden", sagt Hans Becker, der einen Ackerbaubetrieb und eine Reitsportanlage in Uetz bewirtschaftet. Die Schlunkendorfer Inschrift "Vom Ich zum Wir" sowie das Material aus herausgerissenen Grenzsteinen richte sich doch aggressiv gegen die Betriebsform des Einzelbauern, so Becker: "Und damit gegen mich."

Denkmäler sprengen möchte auch Ulfried Zinnow nicht, der in Leest ökologischen Landbau betreibt und Mutterkühe hält: "Das hätte man gleich bei der friedlichen Revolution machen müssen. Aber ein Denkmal, das gegen die freien Bauern ist, gehört nicht auf einen öffentlichen Platz, sondern ins Heimatmuseum." Stephan Hübner, Acker- und Obstbauer aus Derwitz, selbst in der CDU und als Gemeindevertreter aktiv, hätte noch eine andere Idee: "Wenn so ein sozialistisches Denkmal in meinem Dorf stünde, würde ich Efeu dran pflanzen, dann muss ich es nicht mehr sehen." Auf jeden Fall steht er voll hinter Ludwigs Aktion und bekräftigt: "Es geht bei der Landtagsanfrage ja darum, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sie nicht zu verdrängen oder schön zu reden."

Der Bauernbund Brandenburg, der die bäuerlichen Familienbetriebe im Land vertritt, hatte im April vergangenen Jahres zum fünfzigsten Jahrestag der Zwangskollektivierung das bundesweit erste Denkmal für die Opfer aufgestellt. Der Stein in Kyritz (Ostprignitz-Ruppin) erinnert daran, dass im Frühjahr 1960 etwa 400.000 bis dahin selbständige Bauern mit Gewalt und Psychoterror dazu gezwungen wurden, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften einzubringen. Die Folgen der Zwangskollektivierung würden die ostdeutsche Agrarstruktur bis heute belasten, meint der Bauernbund und fordert daher eine Kappung der Agrarsubventionen und deren Koppelung daran, dass sich die Betriebe in der Hand ortsansässiger Landwirte befinden.

Zweiter Schwerpunkt unserer Aktivitäten zu Jahresbeginn war eine Offensive gegen neue Braunkohle-Tagebaue, wo insbesondere Karsten und Christoph in der Presse punkten konnten. Diese Offensive ist natürlich noch lange nicht zu Ende ...

Es gibt ein Menschenrecht auf Heimat, Eigentum und Umwelt Beitrag unseres Präsidenten Karsten Jennerjahn am 5. Januar 2012 in der Märkischen Allgemeinen Zeitung

Die Braunkohleverstromung ist eine Technologie von gestern – gigantische Anlagen, geringe Wirkungsgrade, verbrannte Erde. Würde das Land Vattenfall Abbaurechte und Wasserverbrauch auch nur ansatzweise in Rechnung stellen, wäre von heute auf morgen Schluss mit dem angeblich so günstigen heimischen Energieträger. Aber auch wenn die genehmigten Tagebaue weiter betrieben werden sollen, kann es passieren, dass Vattenfall noch vor 2030 das Licht ausmacht, einfach weil Kohlestrom nicht mehr konkurrenzfähig ist. Höchste Zeit also, dass die Energiewende auch in der Lausitz ankommt und die Region sich auf einen Strukturwandel einstellt.

"Der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verfügbarkeit von effizienten Gaskraftwerken und die Entwicklung von Speichertechnologien und Stromnetzen wird (die) Braunkohle in wenigen Jahrzehnten überflüssig machen." Dieser Satz stammt nicht von uns, sondern aus einem Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion vom November 2011. Wie passt das zusammen mit den Planungen der Landesregierung für ein neues Braunkohle-Kraftwerk (Laufzeit mindestens 50 Jahre) und neue Tagebaue, denen fünf Dörfer und 2.000 Menschen weichen müssten?

Horno sei das letzte Dorf, das der Braunkohle zum Opfer fällt, versprach einst Manfred Stolpe. Ohne CCS werde es kein neues Braunkohle-Kraftwerk geben, versprach Matthias Platzeck. Treu und Redlichkeit, die alten preußischen Tugenden – für brandenburgische Ministerpräsidenten scheinen sie nicht zu gelten.

Braunkohle sichere Arbeitsplätze, heißt es statt dessen. Erstens schafft auch die Energiewende Arbeitsplätze. Zweitens arbeiten die wenigsten Vattenfall-Mitarbeiter im Tagebau – und die vor- und nachgelagerten Bereiche der Energiewirtschaft wird es auch nach einem Strukturwandel geben. Und selbst wenn es nicht so wäre: Darf man 2.000 Menschen enteignen und vertreiben, nur damit 10.000 Menschen Arbeit haben? Wer unter Berufung auf eine Mehrheit die Minderheit rechtlos macht, der rüttelt an den Grundfesten unserer Zivilisation.

Es gibt ein Menschenrecht auf Heimat, Eigentum und unversehrte Umwelt. Die Gesetze, nach denen ganze Dörfer umgesiedelt werden können, stammen aus dem Dritten Reich. Zu DDR-Zeiten wurde unkompliziert so verfahren. Das geht heute nicht mehr, daran wird die Landesregierung sich gewöhnen müssen.

Der Autor ist Präsident des Bauernbundes Brandenburg und führt das Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg an. www.heimatzukunft.de

Zeichen setzen gegen die Verwüstung der Lausitz

Interview mit unserem Vorstandsmitglied Christoph Schilka am 6. Februar 2012 in der Lausitzer Rundschau



Foto: Wikipedia SPBer

LR: Herr Schilka, als Landwirt und Vorstandsmitglied des Bauernbundes müssten Sie ausgelastet sein. Warum engagieren Sie sich im „Bündnis Heimat und Zukunft“?

Schilka: Der Bauernbund hat dieses Bündnis mit vielen anderen zusammen gegründet, um ein Zeichen gegen die Verwüstung der Lausitz durch Braunkohletagebaue zu setzen. Wir werden nicht zulassen, dass Brandenburgs Landesregierung weitere Dörfer in den Abgrund reißt, während sich gleichzeitig in Deutschland eine Wende hin zu den erneuerbaren Energien vollzieht.

LR: Trotzdem, warum mischt sich ein Bauernorganisation in die Energiepolitik ein?

Schilka: Weil Landwirtschaft und Energieerzeugung zusammenhängen. Jede Getreidepflanze auf meinem Acker ist ein kleines Kraftwerk. Ob sie gegessen oder verheizt wird, ich erzeuge damit Energie – und zwar auf eine Weise, die noch in tausend Jahren funktioniert. Deshalb sind wir Bauern für erneuerbare Energien. Wir betreiben Anbau, Vattenfall betreibt Raubbau.

LR: So ganz unumstritten sind die erneuerbaren Energien allerdings nicht – denken Sie an die Bürgerinitiativen, die sich auch bei uns gegen Wind- und Solarparks gebildet haben.

Schilka: Zunächst wehre ich mich gegen die Gleichsetzung. Es ist ein Unterschied, ob mich Windräder stören oder ob ich enteignet und aus meiner Heimat vertrieben werde. Aber natürlich haben Sie recht, der Erfolg der erneuerbaren Energien hängt auch davon ab, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden: Windparks müssen angemessene Abstände zu Ortschaften einhalten. Dagegen sollte Wald kein Ausschlusskriterium mehr sein. Als Ausgleich sollten Hecken angelegt werden, um die optische Dominanz der Windräder zu brechen. Für Solaranlagen würde ich vor allen Dächer oder Unland nutzen.

LR: Was ist mit Biomasse? In Cottbus wehrt sich eine Bürgerinitiative massiv gegen den Bau einer vergleichsweise kleinen Biogasanlage.

Schilka: Bei Biomasse sollte vorrangig Ethanol aus Getreide, Mais oder Rüben sowie Biodiesel aus Raps gefördert werden. Diese haben eine höhere Energieeffizienz als die bislang bevorzugt geför-

dernten Biogasanlagen. Unter bestimmten Bedingungen – hoher Mistanteil, Abwärmenutzung – können allerdings auch Biogasanlagen einen sinnvollen Beitrag leisten.

LR: Auf jeden Fall scheint die Landwirtschaft von der Energiewende zu profitieren?

Schilka: Über die energetische Nutzung von Biomasse erhalten die Lebensmittelpreise Anschluss an die Energiepreise. Vor fünf Jahren brachte ein Doppelzentner Brottroggen 7 Euro, während man damit als Brennstoff Heizöl im Wert von 20 Euro einsparen konnte. Der Landwirt war kaum in der Lage, seine Kosten zu decken. Heute liegt der Roggenpreis bei 22 Euro. Insofern profitieren wir, auch wenn wir davon leider noch nicht reich geworden sind.

LR: Und der Verbraucher zahlt die Zeche über hohe Lebensmittelpreise ...

Schilka: Das ist doch nur die eine Seite. In dem Maße, wie sich durch Biomassenutzung Lebensmittel verteuern, sinkt der Energiepreis. Oder er steigt weniger an. Wobei man sich klar machen muss, dass auf dem Energiemarkt kaum Wettbewerb herrscht und die großen Stromkonzerne Milliardengewinne realisieren. Die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien ist eine praktische Ausrede, um Strompreiserhöhungen zu rechtfertigen, mit denen traumhafte Kapitalrenditen von bis zu 26 Prozent erzielt werden.

LR: Von der Sache her ist die Energieerzeugung aus heimischer Braunkohle aber deutlich günstiger als aus erneuerbaren Energien.

Schilka: Das wage ich zu bezweifeln. Würde das Land Vattenfall die Abbaurechte und den Wasserverbrauch auch nur ansatzweise in Rechnung stellen, wäre von heute auf morgen Schluss mit dem angeblich so günstigen heimischen Energieträger. Zum großen Geschäft wird die Braunkohleverstromung vor allem durch versteckte Subventionen und verdrängte Umweltkosten.

LR: Im Gegensatz zu Wind und Sonne liefert die Braunkohle verlässlich Energie. Brauchen wir im Energiemix nicht Grundlastkraftwerke, um die Versorgung sicherzustellen?

Schilka: Ganz im Gegenteil – die Schwankungen bei den erneuerbaren Energien sind gerade das beste Argument für den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle. Um Schwankungen auszugleichen, brauchen wir eben kein neues 3000-Megawatt-Kraftwerk, sondern mehrere Gaskraftwerke, die sich flexibel hoch- und runterfahren lassen. Diese könnten auch in der Lausitz stehen, wenn der politische Wille da wäre. Der derzeit durch zu hohe Grundlast erzeugte Stromüberschuss ist übrigens die Erklärung dafür, warum man trotz frischer Brise Windräder sieht, die sich nicht drehen.

LR: Die Braunkohleverstromung, so rechnen ihre Befürworter vor, sichert derzeit in Brandenburg rund 16000 Arbeitsplätze. Was nützt mir ökologisch korrekt erzeugter Strom, wenn ich gleichzeitig eine ganze Region in den Ruin treibe?

Schilka: Das habe ich auch gelesen, dass der Lobbyverein "Pro Lausitzer Braunkohle" von 16.000 Arbeitsplätzen spricht. Das ist eine wundersame Vermehrung, denn vor fünf Jahren sicherte die Braunkohle noch 5.500 Arbeitsplätze. So steht es in einem Beitrag, den Vattenfall-Aufsichtsrat Ulrich Freese 2007 verfasst hat. Fakt ist, dass die wenigsten Arbeitskräfte in Tagebauen und Kraftwerken beschäftigt sind. Die Sachbearbeiterin für Stromrechnungen wird es auch nach der Energiewende geben. Und natürlich entstehen auch bei den erneuerbaren Energien Arbeitsplätze ...

LR: Und was sagen Sie dem Braunkohle-Kumpel, der trotzdem gehen muss?

Schilka: Ich sage ihm von Bauer zu Arbeiter: Such Dir was Neues, Du hast dreißig Jahre Zeit. So lange reichen die genehmigten Tagebaue nämlich noch und so lange können wir die Region entwickeln. Und ich rate ihm, nach Proschim, Atterwasch, Grabko und Kerkwitz zu fahren. Wenn er diese schönen lebendigen Dörfer sieht, wird er mit uns für unsere Lausitzer Heimat kämpfen!

Kommunalreform – Bauernbund wirft SPD-Fraktionschef Holzschuher Demontage des ländlichen Raums vor

Pressemitteilung vom 23. Februar 2011

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat die Pläne des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Holzschuher zur Abschaffung der Kreise als völlig falschen Ansatz bezeichnet. "Sicher lässt sich auch in den Kommunalverwaltungen Personal einsparen durch Effizienzsteigerung und Bürokratieabbau", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. Aber statt dessen wolle Holzschuher die Verwaltung zentralisieren: "Wenn die Aufgaben der Kreise teils vom Land, teils von Mega-Gemeinden übernommen werden, heißt das unterm Strich, dass die Verwaltung sich vom Bürger entfernt und gut bezahlte Arbeitsplätze aus den ländlichen Regionen in größere Städte bzw. nach Potsdam verlagert werden."

Die Pläne Holzschuhers seien Teil einer systematisch betriebenen Demontage des ländlichen Raums, kritisierte Jennerjahn: "Schulen und Polizeiwachen werden geschlossen, die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur vernachlässigt. Nur das Finanzamt vergisst uns nicht."

Naturschutzgesetz-Novelle: Mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie!

Gespräche mit CDU, FDP und Bündnisgrünen in Brandenburg

Der Bauernbund Brandenburg hat in den vergangenen Monaten Gespräche mit den drei Oppositionsparteien geführt, um Einfluss auf die geplante Novelle des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes zu nehmen. Mit CDU und FDP wurde enge Zusammenarbeit vereinbart, die CDU hat uns bereits für eine Anhörung im Landtag im Frühjahr benannt. Von den Bündnisgrünen erhielten wir zur Abstimmung einen Änderungsentwurf mit vielen, starren und kleinteiligen Regelungen in Bezug auf Stoffkreisläufe und Stoffeinträge, Fruchtfolgen und Humusbilanzen, Schlagbreiten und Landschaftselemente, Erosionsschutz und Grünlandumbruchverbot sowie Dokumentationspflichten und Kontrollinstanzen. Dieses hat Geschäftsführer Reinhard Jung zum Anlass genommen, in einem Schreiben an unser Mitglied, die bündisgrüne Landtagsabgeordnete Sabine Niels, für eine grundsätzlich andere Herangehensweise an das Thema Landwirtschaft und Naturschutz zu werben:

"Was in diesem Entwurf fehlt und leider auch noch viel zu häufig in der Agrarpolitik der Bündnisgrünen, ist der Bezug zur Praxis, so dass eigentlich gut gemeinte Anliegen, die wir prinzipiell unterstützen würden – etwa die Strukturierung der Landschaft durch Windschutzhecken oder die Auflockerung der Fruchtfolgen durch Anbau von Eiweißfutterpflanzen – in dieser Form abschreckende Wirkung erhalten. Ich glaube, selbst diejenigen unter unseren Mitgliedern, die sonst mit den Bündnisgrünen sympathisieren und sie sicherlich wählen, würden angesichts solcher absurder Forderungen die Mühe scheuen, den Verfassern von Grund auf zu erklären, wie Landwirtschaft funktioniert bzw. dass sie eben so nicht funktioniert. Ich muss das tun, dafür bezahlen mich meine Bauern ja, und da ich weiß, dass Dir bäuerliches Denken aus eigener Lebenserfahrung nahe liegt, bin ich auch guten Mutes. Aber Deine Parteifreunde müssen einfach einmal grundsätzlich akzeptieren, dass die Landwirtschaft nicht der Pflege von Sumpfdotterblumen dient, sondern der Erzeugung von Agrarrohstoffen, mit denen wir Geld verdienen. Und sie müssen ihren Irrglauben an die Allmacht von staatlichen Regeln und Kontrollen ein wenig zurückschrauben. (...)

Fakt ist, je höher die Regelungsdichte, desto mehr Bürokratenwillkür. Es gibt doch auch ganz einfache Instrumente, um viele der genannten Ziele zu erreichen: Das Gentechnik- und Pflanzenschutzrecht lässt Verbote zu. Über die Mineralölsteuer lässt sich die Wirtschaftlichkeit von Stickstoffdünger und Rohstofftransporten beeinflussen. Über das EEG lässt sich die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung steuern. Und mit Förderprogrammen auf freiwilliger Basis, wie wir sie statt des Greening für die 2. Säule vorgeschlagen haben, können der ökologische Landbau,

Dauergrünland, Ackergras und Eiweißfutterpflanzen sowie eine stärkere Strukturierung der Landschaft nachhaltig unterstützt werden. Natürlich wäre alles das noch im einzelnen zu diskutieren, mit dem Unterschied freilich, dass man darüber sinnvoll diskutieren kann, während ein Regelwerk wie im Entwurf vorgeschlagen überhaupt nicht diskussionswürdig ist. Ihr werdet einfach keinen Landwirt finden, der bei so etwas mitdiskutiert. Wir sind ja Landwirt geworden, weil wir diesen Beruf gerne ausüben. Aber wenn Biologen die Anbauplanung machen und Bürokraten das Betriebsergebnis schreiben, bringt Landwirtschaft keinen Spaß mehr."

Das Schreiben hat bereits Wirkung gezeigt, dem Vernehmen nach wurden eine ganze Reihe Forderungen bereits modifiziert, wenn auch nicht gänzlich gestrichen. Warum wir uns bei einer Partei, die weder auf Landes- noch auf Bundesebene regiert, so engagieren? Weil wir mit den Bündnisgrünen in einigen wichtigen Punkten (z. B. Braunkohle und Gentechnik) übereinstimmen und wollen, dass wir uns auch insgesamt näher kommen. Wir bleiben dran!

Grünes Oderbruch oder Biberfarm?

Brief unseres Mitglieds Bernhard Kalies aus Ortwig an den Präsidenten des Landesumweltamtes Prof. Dr. Freude

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Freude,

in den Jahren 1998 und 2000 wurden an unseren angrenzenden Ackerflächen 469 Bäume und ungezählt viele Sträucher gepflanzt. Ziele dieser Grabenbepflanzung waren: Wind- und Errosionsschutz der Ackerflächen, Beschattung des Grabens durch Bepflanzung an der Südseite des Grabens (bewirkt eine geringere Verkrautung der Gräben), Verbesserung des Landschaftsbildes, Unterschlupf für Kleintiere, Nist- und Brutmöglichkeiten für Vögel.

Bis vor fünf Jahren wurde eine Pflege der Pflanzungen durch mich vorgenommen. Seitdem der Biber in allen Gräben beheimatet ist, wurde die Baumpflege eingestellt. Bis zum 4. Februar 2012 sind von 469 Bäumen: 256 Bäume vom Biber gefällt (entspricht 54,6 %), 74 Bäume vom Biber beschädigt bis stark beschädigt (entspricht 15,8 %) und 139 Bäume sind noch unverletzt (entspricht 29,6 %). Das heißt, der Biber hat 70% der Pflanzungen zum jetzigen Zeitpunkt geschädigt bzw. gefällt. Die Anzahl der Biberröhren im Grabenbord sind fast nicht zu zählen. Böschungsabbrüche und eingebrochene Biberbaue auf dem Feld sowie Maschinenschäden beim Überfahren der einbruchgefährdeten Baue sind die Folge.

Politisch sollte man entscheiden, ob wir ein erhaltungswürdiges grünes Oderbruch haben wollen, oder ob das Oderbruch die größte Biberfarm werden soll. Über die Biberschäden am Oderdamm will ich gar nicht groß schreiben. Diese Problematik ist hinlänglich bekannt. Die Bürger des Oderbruches haben Angst um ihr Leben und ihre Grundstücke, durch die verstärkte Hochwassergefährdung durch Biberschäden am Oderdamm!

Wenn in Sibirien 30.000 Biber zum Abschluß frei gegeben werden, um der Abholzung des sibirischen Waldes entgegenzutreten, kann der Biber keine vom Aussterben bedrohte Rasse sein.

Meine Forderungen sind: Begleichung der beiliegenden Rechnung (Angebot 328791 der Firma Lorberg Baumschulerzeugnisse GmbH & CoKG über 544.000 Euro für Ersatzpflanzungen) und Regulierung des Bibers durch Abschluß. Da ich auch stellvertretender Vorsitzender des Bauernbundes in Märkisch Oderland bin, fordere ich Sie im Interesse unserer Bauern aus dem Oderbruch auf, die Regulierung des Biberbestandes durch Abschluß zu unterstützen. In Bayern und in Polen lassen sich die Menschen auch nicht vom Biber bedrohen.

Mit freundlichen Grüßen, Bernhard Kalies